

## L-2 Fairer Handel für Europa statt CETA und TTIP!

Antragsteller\*in: Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Nils Dettki (KV Mainz-Bingen), Jana-Maria Johnen (KV Vulkaneifel), Hannah Meyer (KV Vulkaneifel), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Helmut Fink (KV Bitburg-Prüm), Nicole Besic-Molzberger (KV Koblenz), Fabian Ehmann (KV Mainz), Kerstin Ramm (KV Mainz), Britta Steck (KV Bernkastel-Wittlich), Thomas Griese, (KV Aachen), Eberhard Wolf (KV Mainz-Bingen), Herbert Sandkühler (KV Trier), Heinz Eiden (KV Bitburg-Prüm), Hubert Heck (KV Bitburg-Prüm), Beate Jacob (KV Bitburg-Prüm), Anna Neuhof (KV Altenkirchen), Ingrid Johnen (KV Vulkaneifel), Theresia Utters (KV Vulkaneifel), Eduard Kirstgen (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Daniel Köbler (KV Mainz), Eveline Lemke (KV Ahrweiler), Anne Spiegel (KV Speyer);

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Politische Lage

1 Freihandelsabkommen sollen Handelshemmnisse abbauen, CETA und TTIP gehen jedoch  
2 weit über die Regelung von Zöllen und Normen hinaus. Die in CETA und TTIP  
3 festgelegten Regeln verletzen das EU-Vorsorge-Prinzip, aber auch Kanadische  
4 Regeln bedrohen die Rechtsstaatlichkeit und ermöglichen Konzernen politische  
5 Einflussnahme durch Sonderrechte im Gesetzgebungsverfahren. Die Macht der  
6 internationalen Konzerne, wie Bayer/Monsanto wächst.

7 Immer neue Veröffentlichungen von Verhandlungsprotokollen und Gutachten  
8 bestätigen, dass durch TTIP und CETA zunehmend Gentechnik und Pestizide auf  
9 unseren Tellern landen und die Standards unsere Demokratie im Kern ausgehebelt  
10 werden.

11 Dem Aufruf des Bündnis „STOPP TIPP UND CETA“ bestehend aus Kirchen, Kommunen,  
12 Gewerkschaften, Umwelt-, Tierschutz-, Arbeitnehmer- und  
13 Verbraucherschutzverbänden folgten am 17. September 2016, 320.000 Menschen, in  
14 sieben deutschen Städten um gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu  
15 demonstrieren. Wir unterstützen ihre Anliegen und fordern:

16 1. Das CETA-Verhandlungsergebnis so abzulehnen, die Verhandlungen zu TTIP und  
17 TISA zu stoppen sowie einen Neustart der Europäischen Handelspolitik zu  
18 erwirken, der die notwendige Weiterentwicklung von Schutzstandards fördert.

19 2. Klageprivilegien für Investoren (ISDS und ICS) und vergleichbare Mechanismen,  
20 die unsere Demokratie schwächen, aus bestehenden Verträgen zu entfernen und in  
21 neue Verträge nicht aufzunehmen.

22 3. Das Vorsorgeprinzip rechtlich eindeutig in CETA und TTIP zu verankern und  
23 bestehende Handelsverträge darauf hin zu überprüfen, damit bestehende Umwelt-,  
24 Verbraucher- und Sozialstandards weltweit gestärkt werden und politische  
25 Regulierung greift, bevor Mensch und Umwelt zu Schaden kommen.

26 4. Wir fordern eine Neubelebung der multilateralen Handelsprozesse vor dem  
27 Hintergrund der Erfahrungen von gescheiterten früheren Versuchen im Rahmen der  
28 WTO und unter den Bedingungen, dass Ungleichgewichte, die zu Lasten der

29 Entwicklungsländer und ökologischer und sozialer Kriterien gingen, korrigiert  
30 werden.

31 5. Die kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen und  
32 Infrastruktur durch klare und umfassende Ausnahmen und Positiv-Listen zu  
33 schützen. Handelsabkommen dürfen weder direkten noch indirekten Druck zur  
34 weiteren Liberalisierung und Privatisierung von Daseinsvorsorgebereichen ausüben  
35 oder Möglichkeiten zur Rekommunalisierung, etwa im Energiebereich, einschränken.

36 Wir stellen fest:

37 1. Mit CETA und TTIP wird das EU-Vorsorge-Prinzip verlassen und Standards werden  
38 abgesenkt

39 Entgegen den Versprechen von Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel  
40 senken TTIP und CETA mittelfristig unsere Standards und konterkarieren die EU-  
41 Politik aber auch die Kanadische Gesellschaft, mit erheblichen Auswirkungen auf  
42 Landwirtschaft, Wirtschaft und Produktsicherheit, Verbraucher, Gesundheit,  
43 Kultur, Arbeitnehmerrechte und Umwelt.

44 Standards werden in den Freihandelsabkommen zu "Handelshemmnissen". Im  
45 Wettbewerb führt dies zu sozialem und ökologischem Dumping – auf allen Seiten

46 Das Vorsorgeprinzip ist im europäischen Recht fest verankert und Grundlage der  
47 europäischen Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt- und Chemikalienpolitik mit dem  
48 Ziel eines hohen Schutzniveaus. Das geltende Vorsorgerecht ist aber nicht  
49 Bestandteil der CETA- und TTIP-Entwürfe und diese entsprechen damit nicht  
50 geltenden EU-Verträgen.

51 Dies wird deutlich anhand des Beispiels von Pestizid-Rückständen in  
52 Lebensmitteln: Hier hat die EU-Kommission die lascheren Grenzwerte des  
53 internationalen "Codex-Alimentarius" und damit die Absenkung unserer Standards  
54 angeboten. In der Konsequenz wird auch der Erlass neuer Standards,  
55 beispielsweise bei Glyphosat, erheblich erschwert.

56 Auch bei der Gentechnik lauern Gefahren: in der EU bzw. in Deutschland muss ein  
57 gentechnisch verändertes Produkt ein Zulassungsverfahren durchlaufen,  
58 gekennzeichnet und registriert werden sowie der Nachweis des Fehlens schädlicher  
59 Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit vom Unternehmen geführt werden. Derzeit  
60 können die EU Mitgliedsländer mit dem Opt-Out den Anbau von gentechnisch  
61 veränderten Organismen (GVO) noch verbieten. In den USA und Kanada dagegen gibt  
62 es keine entsprechende Regulierung für Gentechnisch modifizierte Organismen. Sie  
63 werden wie konventionelle Produkte behandelt und als „grundsätzlich sicher“  
64 behandelt. Dies droht uns nun auch in der EU: Ohne die Kennzeichnung gibt es  
65 keine Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

66 Und auch auf die Zulassung von hormonell wirksamen Substanzen, auf die  
67 Produktsicherheit, das europäische Chemikalienrecht (REACH), das  
68 Lebensmittelrecht und den Umgang mit Nanomaterialien haben CETA und TTIP  
69 erhebliche Auswirkungen.

70 2. TTIP und CETA bedrohen die Rechtsstaatlichkeit

71 In einer Demokratie sind vor Gericht alle gleich. Mit TTIP und CETA werden die  
72 Interessen ausländischer Investoren jedoch über die Belange von Gesundheit,  
73 Umwelt, Mittelstand und sozialer Daseinsfürsorge gestellt. Für Konzerne soll

74 eine Paralleljustiz mit Schiedsgerichten, außerhalb der ordentlichen  
75 Gerichtsbarkeit errichtet werden. So erhalten sie die Möglichkeit, unter  
76 Berufung auf den Investorenschutz, gegen einen Staat auf Schadensersatz zu  
77 klagen, wenn sie durch neue Gesetze entgangene Gewinne und somit einen Nachteil  
78 für ihr Geschäft befürchten.

79 Jüngstes Beispiel ist die Klage des kanadischen Energiekonzerns TransCanada  
80 gegen die USA. Weil die USA aus Umweltschutzgründen den Ausbau der Keystone-  
81 Ölpipeline untersagt hatten, reichte TransCanada kürzlich eine Klage vor einem  
82 Investor-Staat-Schiedsgericht ein und verlangt Schadensersatz in Höhe von 15  
83 Milliarden US Dollar.

84 Der Deutsche Richterbund (DRB) wie auch sein Europäischer Dachverband haben  
85 jüngst erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Parallelstruktur zur  
86 europäischen und nationalen Gerichtsbarkeit geäußert. Er „lehnt die von der EU-  
87 Kommission vorgeschlagene Einführung eines Investitionsgerichts im Rahmen der  
88 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ab. Der DRB sieht weder  
89 eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit für ein solches Gericht.“ Das damit  
90 verbundene Verständnis, „die Gerichte der Mitgliedstaaten der Union könnten  
91 ausländischen Investoren keinen effektiven Rechtsschutz gewähren, entbehrt  
92 sachlicher Feststellungen“ so der DRB. Das gilt auch für den Vorschlag von  
93 Bundeswirtschaftsminister Gabriel, der angeblich die Probleme lösen soll: „Der  
94 DRB hat erhebliche Zweifel an der Kompetenz der EU für die Einsetzung eines  
95 Investitionsgerichts (ICS). Durch das ICS würde nicht nur die  
96 Rechtssetzungsbefugnis der Union und der Mitgliedstaaten eingeschränkt, auch das  
97 etablierte Gerichtssystem innerhalb der Mitgliedstaaten und der EU würde  
98 geändert werden“ so der DRB. Unternehmen ein exklusives, zusätzliches  
99 Klageprivileg einzuräumen, obwohl ihnen auch die Klage vor den ordentlichen  
100 Gerichten offen steht, ist grundsätzlich nicht nachzuvollziehen.

101 Darüber hinaus befürchten viele Organisationen wie Mehr Demokratie e.V., dass  
102 das Risiko eventueller Schadensersatzzahlungen auch die zukünftigen  
103 Gesetzgebungsprozesse beeinflussen.

104 Diese Einschränkungen der demokratischen Gestaltungsräume ist eine Bedrohung für  
105 unsere Demokratie und für uns Grüne nicht tolerierbar.

106 3. CETA und TTIP bringt Lobbys an den Regierungstisch

107 Eine weitere Schwächung der Demokratischen Strukturen stellt die sogenannte  
108 „Regulatorische Kooperation“ dar. Mit ihr verpflichten sich die Vertragspartner  
109 dazu, in einer dafür vorgesehenen Institution und in bestimmten Verfahren  
110 zusammenzuarbeiten, um Hemmnisse für den Handel zu beseitigen. Bestehende und  
111 geplante Gesetze und Regularien auf allen Ebenen sollen nach dem CETA-Entwurf  
112 von diesem Gremium vorab darauf geprüft werden, wie sie mit Kosten-Nutzen-  
113 Erwägungen im Hinblick auf die Interessen der Investoren angepasst oder durch  
114 Alternativen ersetzt werden können.

115 Maßstab von Parlamenten und Regierungen werden dann Handelsinteressen - und  
116 nicht die Verbesserung von Lebensqualität, Arbeitsmarkt oder Umwelt.

117 4. Die Folgen von TTIP und CETA betreffen unsere ganze Gesellschaft

118 Entscheidende Errungenschaften im Arbeitsrecht, in der Daseinsfürsorge, in der  
119 kommunalen Selbstverwaltung, der Kulturpolitik, im Umwelt-, im Natur- oder auch

120 im Verbraucher- oder Datenschutz stehen auf dem Spiel. Und das ohne angemessene  
121 demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der nationalen  
122 Parlamente.

123 Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und  
124 Deutscher Städte- und Gemeindebund sehen erhebliche Risiken für die öffentliche  
125 Förderung und Daseinsvorsorge. Denn die Investorenschutzklausel kann die  
126 Entscheidungsfreiheit der Kommunen stark beeinträchtigen. Denn auch die Kommunen  
127 könnten vor dem Hintergrund zu erwartender Schadensersatzforderungen durch  
128 Investoren ihre Entscheidungen überdenken müssen. Dies wird kein Kreistag oder  
129 Gemeinderat riskieren können. Damit würde die Kommunale Ebene ebenso wie Land  
130 und Bund erheblich geschwächt.

131 Nicht nur deswegen haben in Deutschland schon mehr als 300 Kommunen ihre starke  
132 Besorgnis über die Konsequenzen von TTIP, CETA und TISA erklärt. Einige davon  
133 auch in RLP, z.B. Zweibrücken, Koblenz, Mayen und Mainz.

134 Aber auch die notwendige Energiewende wird durch TTIP und CETA massiv bedroht.  
135 Um sie voranzutreiben, wurden gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, die den  
136 Ausbau der Erneuerbaren Energien begünstigen. Greenpeace hat Dokumente  
137 veröffentlicht, die zeigen, dass das TTIP-Abkommen im bestehenden  
138 Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien eine Diskriminierung von Kohle- und  
139 Atomenergie sieht. Würde der Einspeisevorrang aufgehoben, wäre die Energiewende  
140 in größter Gefahr. Damit unterminieren diese Freihandelsabkommen auch das  
141 Klimaschutzabkommen von Paris, in dem die Erderwärmung auf deutlich unter zwei  
142 Grad begrenzt werden soll. Das Klimaschutzabkommen haben aber die USA, EU und  
143 Kanada bereits ratifiziert.

144 5. CETA und TTIP verschärfen die Fluchtgründe

145 Eine privilegierte Partnerschaft mit Nordamerika und Kanada würde den größten  
146 Wirtschaftsraum der Welt schaffen. Das ginge zulasten des Handels mit anderen  
147 Staaten. Eine von der Bertelsmann-Stiftung beauftragte ifo-Studie zeigt: „Die  
148 Liste der Verlierer wird von der Elfenbeinküste und Guinea angeführt. Ihre  
149 Exporte nach Europa werden von Gütern aus den USA verdrängt. [...] Es trifft  
150 also gerade die ärmeren Länder, und diese teilweise in deutlichem Ausmaß.“

151 Eine Verschlechterung der ökonomischen Situation würde in diesen Staaten zu  
152 einer Verschärfung der Fluchtursachen führen.

153 6. TTIP und CETA können verhindert werden!

154 Bereits die Verhandlungen zu CETA und TTIP wurden höchst intransparent und  
155 undemokratisch durchgeführt. Was hinter verschlossenen Türen verabredet wurde,  
156 soll nach dem Willen der EU-Kommission nun umgesetzt werden. Sie hätte CETA  
157 gerne als „EU only“-Abkommen behandelt. Dann wäre die Zustimmung der  
158 europäischen Mitgliedsstaaten nicht erforderlich gewesen, und die EU hätte das  
159 Abkommen mit Kanada eigenmächtig ratifizieren können.

160 Doch der Druck der Zivilgesellschaft hat gewirkt: Nun wird es doch eine  
161 Einbeziehung der EU-Mitgliedsstaaten und eine Abstimmung im EU-Parlament geben.  
162 Die Kehrtwende von Juncker zeigt: Die Proteste zeigen Wirkung und gemeinsam  
163 können wir etwas erreichen.

164 Dass wir auch weiterhin aktiv und wachsam sein müssen beweist das Handeln der  
165 EU-Kommission: Zwischenzeitlich möchte sie Tatsachen schaffen und bereits Teile  
166 des Abkommens umsetzen. Und dies obwohl eine umfassende vorläufige Anwendung  
167 rechtlich unzulässig wäre, wie ein von Prof. Weiß von der Hochschule für  
168 öffentliche Verwaltung Speyer erstelltes Gutachten zeigt.

169 Diese Bedrohung unserer Demokratie wollen wir nicht hinnehmen. Gemeinsam mit der  
170 Zivilgesellschaft fordern wir auch weiterhin: Fairer Handel für Europa, statt  
171 TTIP und CETA!

## Begründung

erfolgt mündlich